

U-Booten an Taiwan auf die Geschäftsträger-Ebene herabgesetzt. Mit den gleichen Maßnahmen gegen die USA und Frankreich würde die VR China automatisch wieder tief in die Isolation zurücksinken, die sie sich durch die Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 eingehandelt hatte und von der sie sich bislang immer noch nicht ganz befreit hat. Auch Handelsbeschränkungen können zum Bumerang werden, da sie sich negativ auf Chinas Politik der Wirtschaftsöffnung auswirken würden. So hat es China nicht unterlassen, weiter US-Weizen (2 Mio.t) zu kaufen und keine Sistierung der Airbus-Bestellung in Frankreich vorgenommen. Beijing wird sicher weiter seine verbalen Warnungen an die Adresse der Amerikaner und Franzosen wiederholen oder mit ihnen verhandeln, denn die Lieferungen der F-16 und der Mirage 2000-5 sollen erst ab 1995 erfolgen. -ni-

\*(43)

#### Rückkehr in GATT nach 21 Jahren

Am 4.November nahm eine Delegation aus Taiwan nach 21 Jahren Unterbrechung zum ersten Mal an der Ratssitzung des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) in Genf teil. 1971 wurde die Regierung Taipei aus der UNO ausgeschlossen, als diese Beziehungen mit Beijing aufnahm. Am 29.September d.J. erhielt Taipei nach 33 Monaten Verhandlungen zunächst wieder einen Beobachterstatus in der internationalen Handelsorganisation GATT, die mit der UNO-Familie verbunden ist, wodurch er berichtet ist, an GATT-Tagungen teilzunehmen. Aufgrund von Beijings Widerstand kann Taipei aber seinen offiziellen Namen "Republik China" beim GATT nicht verwenden, sondern muß die umständliche Sonderbezeichnung "Separate Customs Territory of Taiwan, Penghu, Kinmen and Matsu" und die Abkürzung davon "Chinese Taipei" hinnehmen.

An der GATT-Sitzung nahm Beijing, das sich ebenfalls um die Mitgliedschaft der Organisation bemüht, zunächst auch als Beobachter teil. Im Hinblick auf ihren Anspruch auf die Souveränität über Taiwan besteht die VR China darauf, vor Taipei die volle Mitgliedschaft des GATT zu bekommen. Pressemeldungen zufolge hat der Vorsitzende der GATT-Ratskonferenz, B.K. Zutshi, am 3.November von einem Konsensus gesprochen, demnach Beijing und Taipei gleichzeitig

der Handelsorganisation beitreten sollen. Die Entscheidung wird erst gegen Ende 1993 fallen. -ni-

\*(44)

#### Zwei weitere neue Kabinettsmitglieder ernannt

Nach dem Amtswechsel des Finanzministers im Oktober (s. C.a. Oktober 1992, Ü 40, S.705 f.) gab es weitere Fluktuationen in der Regierung im November. Das Kabinett billigte am 10.November den Rücktritt von Zhao Shaokang (Jaw Shau-kong) als Vorsitzender des Komitees für Umweltschutz und Yu Yuxian (Yu Yu-hsien) als Vorsitzender des Komitees für Landwirtschaft. Zhao gab sein Amt auf, um für einen Sitz im Gesetzgebungs Yuan (Parlament) bei den Wahlen im Dezember 1992 zu kandidieren, während Yu wegen seiner Gesundheit aus dem Dienst ausschied. Zum neuen Vorsitzenden des Komitees für Umweltschutz wurde Zhang Longsheng (Chang Lung-sheng, 52) und zum neuen Vorsitzenden des Komitees für Landwirtschaft Sun Mingxian (Sun Ming-hsien, 55) ernannt. Vor ihrer neuen Ernennung war Zhang stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Wirtschaftsaufbau und Entwicklung des Exekutiv Yuan und Sun Direktor der Abteilung für Landwirtschaft der Provinzregierung Taiwan. -ni-

---

## Hongkong

---

\*(45)

#### Eskalation des Streits zwischen Beijing und Hongkongs Gouverneur Patten

Der Streit um die politische Reform in Hongkong vor der Übergabe der britischen Kolonie an China im Jahre 1997 zwischen dem neuen Gouverneur Chris Patten und der Regierung Beijing, der Ende Oktober ausgelöst worden war (s. dazu C.a., Okt. 1992, Ü 42, S.706 f.), weitete sich weiter aus. Das parlamentarische Organ der Hongkonger Regierung, der "Legislative Council" (Legco), hatte am 11. November mit einer Mehrheit von 32 gegen 21 Stimmen in einem Beschluß den Reformplan des Gouverneurs befürwortet. (FT, 12.11.92; DGB, 13.11.92) Darüber hinaus erhielt der

Gouverneur Unterstützung aus Kanada, den USA, Australien, Japan und vor allem aus dem Mutterland Großbritannien. (FEER, 3.12.92) Auf der chinesischen Seite wurde die Kampagne gegen Patten ebenfalls weiter verschärft. Man warf ihm Mißbrauch der Demokratie vor und bezeichnete ihn als Betrüger, Kolonialisten und Imperialisten, der Hongkong von China unabhängig machen wolle. Bei seinem Besuch in London drohte der chinesische Vizeministerpräsident Zhu Rongji an, China werde die 1984 getroffene sino-britische Vereinbarung über Hongkong nicht mehr respektieren und einen eigenen Weg einschlagen, falls Patten seinen Reformplan nicht zurückziehe. (DGB, 18.11.92; FT, 17.11.92)

Da Beijing nicht bereit ist, mit Patten zu verhandeln, hat die Hongkonger Regierung ohne Konsultation der chinesischen Seite zwei Großaufträge vergeben, und zwar für den Bau eines neuen Containerhafens "Terminal 9" (Jahreskapazität 1,2 Mio.TEU) mit Investitionskosten in Höhe von 1 Mrd. US\$ sowie für die Aufschüttung des Flughafengeländes (Plattform) mit Kosten in Höhe von 1,16 Mrd.US\$. (NfA, 11. u. 26.11.92) Die chinesische Regierung drohte wiederum an, diese Verträge nach 1997 nicht anzuerkennen. (DGB, 21. u. 30.11.92) Daraufhin rutschten die Börsenkurse in Hongkong von Tag zu Tag drastisch ab.

Die Eskalation in den neuen sino-britischen Auseinandersetzungen hat inzwischen auch die Meinung unter der Bevölkerung tief gespalten. Die einheimischen chinesischen Großunternehmer, die mehr Wert auf Wirtschaftsstabilität als auf Demokratisierung legen, stehen Pattens politischem Reformplan zunehmend kritisch gegenüber, während die Mehrheit des Mittelstandes und der breiten Masse den Gouverneur weiter unterstützt. Das Legco, das - wie bereits erwähnt - am 11. November mit einer großen Mehrheit den Reformplan des Gouverneurs unterstützt hatte, hat am 27. November dem genannten ersten Großauftrag für den Flughafenbau nur mit einer knappen Mehrheit von 27 zu 25 zugestimmt. (DGB, 29.11.92) Meinungsumfragen ergaben, daß die Unterstützung Pattens in der Bevölkerung ebenfalls allmählich abnimmt. (LHB, 23.11.92; Jingji Ribao, Taiwan, 12.11.92) -ni-

\*(46)

## Wirtschaftsumstrukturierung vom Industrie- zum Dienstleistungssektor in Hongkong

Nach einem vom staatlichen Industry Department vorgelegten Zwischenausweis ist die in der verarbeitenden Industrie beschäftigte Belegschaft Hongkongs bis Mitte 1992 auf ihren bisher niedrigsten Stand von gerade noch 587.300 (Ende 1991: 634.700) Arbeitnehmern gesunken. Damit betrug der Anteil der Industriearbeiterschaft nicht mehr als 21,4 (23,8)% an der erwerbstätigen Bevölkerung (rd. 2,73 Mio.) der britischen Kolonie.

Einen Tiefststand von erstmals unter 15,0 (15,7)% wies im Verlauf dieses Umstrukturierungsprozesses Ende 1991 auch der Wertschöpfungsanteil der Industrie am BIP auf. Darin spiegelte sich, zusammen mit dem fortschreitenden Personalabbau (neuere Zahlen sind noch nicht verfügbar), die auf nur noch 46.300 Firmen geschrumpfte Unternehmenszahl wider; drei Jahre zuvor hatte diese immerhin noch 50.600 Firmen ausgemacht.

Den Ausschlag zu dieser auf den ersten Blick negativen Entwicklung gab die seit über zehn Jahren von der Industrie zur Lohnkosteneinsparung betriebene Auslagerung ihrer Produktion (Outward Processing) vor allem in die VR China.

Schätzungen des Hong Kong Trade Development Council (HKTDC) zufolge werden im Zuge dieses Herstellungstransfers von der Hongkonger Wirtschaft in China mittlerweile weit mehr als 25.000 Montage- und Fertigungsstätten mit gut 3 Mio. Arbeitnehmern unterhalten. Bei durchschnittlich 120 Arbeitskräften nehmen sich diese Anlagen ungleich größer aus als die in der Stadt belassenen Betriebe mit einer Durchschnittsbelegschaft von 14 Beschäftigten.

In dieselbe Richtung hat die anhaltende Zuwanderung von Arbeitskräften in den dringend auf zusätzliches Büropersonal angewiesenen Dienstleistungsbereich mit seinen zumeist besser dotierten Stellen gewirkt. Dementsprechend vereinigte der Service-Sektor zur Mitte des laufenden Jahres 76,3% (Ende 1991: 73,8%) aller Erwerbstätigen auf sich. Sein Anteil am BIP lag Ende 1991 bei 80,2% (79,2%); damit wurde von Hongkong die weltweit einzigartige Höhe von 80% erstmals überschritten. (NfA, 4.11.92) -ni-

Oskar Weggel

## Recht, Wirtschaft und Kultur in Ostasien

### - Zusammenfassung der Ergebnisse eines "Interkulturellen Symposions" in Nanjing -

#### Gliederung:

- 1 Der Konferenzrahmen
- 2 Themenstellung
- 2.1 Recht und Moral
- 2.2 Rezeptionsfragen
- 2.3 Recht und Wirtschaft
- 2.4 Schlichtung und Adjudikation
- 2.5 Menschenrechte
- 3 Fazit

#### 1 Der Konferenzrahmen

Unter dem Generalthema "Recht, Wirtschaft und Kultur in Ostasien" veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung vom 7.-9. Oktober 1992 ein "interkulturelles" Symposion in Nanjing, an dem 42 Professoren und Dozenten der VR China sowie 23 Fachleute aus dem Ausland teilnahmen, darunter 13 Deutsche, 3 Koreaner, 3 US-Amerikaner, 2 Japaner, 1 Spanier und 1 Österreicherin.

20 Referate wurden gehalten. Darüber hinaus lieferte eine Reihe chinesischer Fachleute zusätzliche schriftliche Beiträge. Auf der chinesisch verfaßten "Teilnehmerliste" waren im übrigen 70 chinesische Partizipanten ausgewiesen, während sich im Pinyin verschrifteten Verzeichnis nur 42 Namen finden. Die Beteiligung der chinesischen Seite sollte wohl nach außen hin noch wesentlich umfänglicher erscheinen als sie es ohnehin schon war - aus welchen Gründen auch immer!

Konferenzsprachen waren Chinesisch und Deutsch, wobei von seiten der einladenden Stiftung ex ante sichergestellt worden war, daß die japanischen und koreanischen Teilnehmer deutsch referieren würden; in der Tat wurden sie dieser Erwartung in blendender Weise gerecht. Lediglich die Amerikaner bedienten sich ihres eigenen Idioms.

Die Themen waren nach folgenden fünf Blöcken aufgeteilt:

- "Sozialphilosophische Positionen und Entwicklung einer modernen Rechtskultur"
- Rezeption europäischen Rechts in Ostasien
- Rechtskultur und Wirtschaftsleben in Ostasien
- Streitbeilegung in Ostasien und
- Schutz der Menschenrechte.

Daß ein so heikles Thema wie die Menschenrechtsfrage auf die Tagesordnung gelangen konnte, war nicht zuletzt der Tatsache zuzuschreiben, daß die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Universität Nanjing stattfand, die sich in den vergangenen Jahren zu einer liberalen Hochburg der chinesischen Rechtswissenschaft entwickelt hat. An dieser Universität besteht seit 1989 auch das Deutsch-Chinesische Institut für Wirtschaftsrecht, das aus einem fünfjährigen Austauschprogramm der Universitäten Göttingen und Nanjing als eine Art "rechtswissenschaftliches Joint Venture" hervorgegangen ist und zu dessen wichtigsten Aufgaben die Ausbildung chinesischer postgraduierter Studenten gehört. Ihr Vorlesungsplan umfaßt neben dem chinesischen Wirtschaftsrecht die Kerngebiete des deutschen Zivilrechts einschließlich des Handels- und Gesellschaftsrechts. Die Studenten müssen den Kleinen BGB-Schein ablegen und zu diesem Zweck Klausuren sowie Hausarbeiten anfertigen. Nach Abschluß eines dreijährigen Studiums erhalten sie den Magistergrad sowohl der Universität Göttingen als auch der Universität Nanjing, wobei die fünf besten Studenten eines Jahrgangs die Möglichkeit erhalten, das dritte Jahr mit einem Stipendium in Göttingen zu verbringen. Bereits in Nanjing werden die Vorlesungen, Übungen und Seminare zum deutschen Recht überwiegend auf deutsch gehalten.